Deutscher Bundestag **Drucksache 15/1763**
15. Wahlperiode 17. 10. 2003

Fragen

für die Fragestunde der 68. Sitzung des Deutschen Bundestages am Mittwoch, dem 22. Oktober 2003

Verzeichnis der Fragenden

Verzeichnis der Geschäftsbereiche der Bundesregierung

Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Verteidigung

1. Abgeordneter **Günther Friedrich Nolting** (FDP)

Trifft es zu, dass bis zu 450 Soldaten der Bundeswehr, die im Rahmen der Erweiterung des Afghanistanmandats in Kunduz eingesetzt werden sollen, für einen Bereich für Sicherheit sorgen sollen, der sich nicht nur auf die Stadt Kunduz beschränkt, sondern auch umliegende Gegenden einschließt, die mit einer Flächengröße von zwei mittleren Bundesländern Deutschlands zu vergleichen sind, und wenn ja, wie soll dies umgesetzt werden?

Geschäftsbereich des Auswärtigen Amts

2. Abgeordneter **Günther Friedrich Nolting** (FDP)

Trifft es zu, dass der deutsche Botschafter in Kabul am 10. und 11. September 2003 nach Gesprächen mit dem afghanischen Außen- und Innenminister einen Bericht an die Bundesregierung geschickt hat, der das Konzept der Bundesregierung zur Erweiterung des deutschen Engagements in Afghanistan betreffend ausdrücklich den Wunsch der afghanischen Regierung beinhaltet, die Bundeswehr zur Drogenbekämpfung einzusetzen, und wenn ja, wie gedenkt die Bundesregierung diese Bitten umzusetzen?

3. Abgeordneter **Dr. Rainer Stinner** (FDP)

Welche Konsultationsmechanismen gibt es zwischen den Teilnehmern des Quartetts (bestehend aus USA, EU, UNO und Russland), um zu einheitlichen Abstimmungsergebnissen der Mitglieder des Quartetts bzw. ihrer EU-Mitglieder im UN-Sicherheitsrat bei den den Nahen Osten betreffenden Resolutionen zu kommen, und welche Initiativen unternimmt die Bundesregierung, um diese Abstimmung zu verbessern?

4. Abgeordneter **Dr. Rainer Stinner** (FDP)

Wie bewertet die Bundesregierung die Auswirkungen unterschiedlicher Voten des Quartetts im UN-Sicherheitsrat auf die Einflussmöglichkeiten des Quartetts auf den Friedensprozess im Nahen Osten?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums des Innern

5. Abgeordneter
Hartmut Koschyk
(CDU/CSU)

Wie stellt die Bundesregierung angesichts der Erfahrungen mit dem Jahrhunderthochwasser und des veränderten Bedrohungsszenarios durch den internationalen Terrorismus sicher, dass bei länderübergreifenden Einsätzen die Tauchergruppen der Bereitschaftspolizeien wirksam und reibungslos arbeiten können, und wie wird die einheitliche Ausstattung mit Gerät und Fahrzeugen gewährleistet?

6. Abgeordneter
Hartmut Koschyk
(CDU/CSU)

Wie wird die im Rahmen einer Bund-Länder-Projektgruppe erarbeitete Konzeption zur Beschaffung von Taucherbasisfahrzeugen umgesetzt, und welche Alternativen hat die Bundesregierung insoweit zum Schutz der Bevölkerung entwickelt?

7. Abgeordnete
Petra Pau
(fraktionslos)

Wie hoch sind nach Kenntnis der Bundesregierung die Spendenzahlungen des Fluthilfe-Kuratoriums im Zusammenhang mit dem Hochwasser im August 2002 an die betroffenen Länder, und in welchem Verhältnis stehen diese zur Antragslage (bitte einzeln für die Länder aufschlüsseln)?

8. Abgeordneter
Albert Deß
(CDU/CSU)

Wie viele Ausbildungsverträge bestehen im Bundeskanzleramt und in den einzelnen Bundesministerien?

9. Abgeordneter
Albert Deß
(CDU/CSU)

Wie verteilen sich die Schulabschlüsse für Hauptschule, Sekundarstufe 1 und Sekundarstufe 2 auf die Gesamtzahl der bei der Bundesregierung bestehenden Ausbildungsverträge?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Finanzen

10. Abgeordneter
Dr. Hermann Otto Solms
(FDP)

Sind die deutschen Abgeordneten des Europäischen Parlaments mit ihren Diäten in Deutschland unbeschränkt steuerpflichtig?

11. Abgeordneter **Dr. Hermann Otto Solms** (FDP)	Treffen Medienberichte (z. B. DIE WELT vom 15. Oktober 2003) zu, nach denen die Abgeordneten künftig wie beschränkt Steuerpflichtige behandelt werden sollen, und beabsichtigt die Bundesregierung ggf. eine solche Rechtsänderung im deutschen Steuerrecht oder auf europäischer Ebene zu unterstützen?
12. Abgeordneter **Dr. Jürgen Gehb** (CDU/CSU)	Für welche Zwecke soll nach Auffassung der Bundesregierung das Spendenaufkommen, das mit dem Verkauf der Zuschlagsmarke „50. Jahrestag des Volksaufstandes in der DDR“ (Ausgabetag 12. Juni 2003) erzielt wird, verwendet und welchen Institutionen zugewiesen werden?
13. Abgeordneter **Dr. Jürgen Gehb** (CDU/CSU)	Wann hat die Bundesregierung über die Verwendung des Spendenaufkommens entschieden, das mit dem Verkauf der Zuschlagsmarke „50. Jahrestag des Volksaufstandes in der DDR“ (Ausgabetag 12. Juni 2003) erzielt wird, und falls bisher keine Entscheidung getroffen wurde, wann plant die Bundesregierung dies zu tun?
14. Abgeordneter **Jochen-Konrad Fromme** (CDU/CSU)	Welche Auswirkungen auf den Bundeshaushalt haben die geplanten Änderungen der Besteuerungsregeln für Versicherer, insbesondere die Abschaffung des sog. Halbeinkünfteverfahrens?
15. Abgeordneter **Jochen-Konrad Fromme** (CDU/CSU)	Trifft es zu, dass es bei den Beratungen des dieser Regelung zugrunde liegenden Gesetzentwurfs der Bundesregierung „Kommunikationspannen“, „nicht ausreichende Zeit“ und „schlechte Vorbereitung“ gegeben habe (vgl. FINANCIAL TIMES DEUTSCHLAND vom 15. Oktober 2003), und wenn ja, worauf ist dies zurückzuführen?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Wirtschaft und Arbeit

16. Abgeordneter **Hans Michelbach** (CDU/CSU)	Wie beurteilt die Bundesregierung die Zukunft der nationalen und europäischen Strukturpolitik vor dem Hintergrund der EU-Osterweiterung für die ehemaligen westdeutschen Grenzregionen nach dem

Auslaufen der Bundesmittel für die Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur“ in den alten Bundesländern?

17. Abgeordnete
Dr. Gesine Lötzsch
(fraktionslos)

Sind der Bundesregierung Beschwerden der Gewerkschaft Nahrung-Genuss-Gaststätten (NGG) über die Zustände in der fleischverarbeitenden Industrie, insbesondere für Werksvertragsarbeiter aus dem Ausland bekannt, die sich darin äußern, dass Werksvertragsarbeiter unter unzumutbaren Arbeits- und Lebensbedingungen existieren müssen, ihren Lohn vorenthalten und Urlaub nicht gewährt wird, und wenn ja, was hat die Bundesregierung bisher im Rahmen ihrer Kompetenzen unternommen, um die Arbeits- und Lebensbedingungen von Werksvertragsarbeitern zu verbessern?

18. Abgeordnete
Dr. Gesine Lötzsch
(fraktionslos)

Was unternimmt die Bundesregierung, um Landesarbeitsämter und staatliche Kontrollämter in die Lage zu versetzen, die Arbeits- und Lebensbedingungen von Vertragsarbeitern zu kontrollieren, und welche juristischen Möglichkeiten gibt es bzw. müssen geschaffen werden, um gegen Unternehmen, die entsprechende Standards nicht einhalten, vorzugehen?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Gesundheit und Soziale Sicherung

19. Abgeordnete
Gerlinde Kaupa
(CDU/CSU)

Ist die Bundesregierung der Meinung, dass ein Anheben der Besitzgrenze von Cannabis auf 15 g der Cannabisprävention und damit einer Reduzierung des Cannabiskonsums schaden würde, und sieht sich die Bundesregierung hinsichtlich der Bestrebungen, die es laut „DIE WELT“ vom 26. September 2003 in Berlin gibt, aufgefordert, ein Programm für eine zielgerichtete und effektive Cannabisprävention in Deutschland durchzuführen?

20. Abgeordnete
Gerlinde Kaupa
(CDU/CSU)

Sieht es die Bundesregierung hinsichtlich der Cannabis-Prävention als erforderlich an, insbesondere den § 29 Abs. 1 Satz 1 Nr. 12 des Betäubungsmittelgesetzes, wonach mit Freiheitsstrafe bis zu fünf Jahren oder mit Geldstrafe bestraft wird, wer öffentlich, in einer Versammlung oder durch Verbreiten von Schriften (§ 11 Abs. 3 des Strafgesetzbuches) dazu

auffordert, Betäubungsmittel zu verbrauchen, die nicht zulässiger Weise verschrieben worden sind, für eine vernünftige Cannabisprävention zu ändern bzw. ersatzlos zu streichen?

21. Abgeordnete **Petra Pau** (fraktionslos)

Wie hoch sind nach Kenntnis der Bundesregierung die jährlichen Kosten lebensmittelbedingter Krankheiten für das bundesdeutsche Gesundheitswesen (bitte für die letzten vier Jahre aufschlüsseln)?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Verkehr, Bau- und Wohnungswesen

22. Abgeordneter **Dietrich Austermann** (CDU/CSU)

Ist die Bundesregierung bereit, angesichts des Ausfalls der Einnahmen durch die nicht anlaufende Erhebung der LKW-Maut voraussichtlich nicht abfließende Bundesbahnmittel für Straßenbauvorhaben zur Verfügung zu stellen?

23. Abgeordneter **Hans Michelbach** (CDU/CSU)

Wie erklärt die Bundesregierung die Diskrepanz zwischen der Antwort der Parlamentarischen Staatssekretärin beim Bundesminister für Verkehr, Bau- und Wohnungswesen, Iris Gleicke, auf meine Frage 51 in der Fragestunde am 24. September 2003, Plenarprotokoll 15/62, Seite 5281 C, betreffend das Projekt Nr. 8.1 des Bundesverkehrswegeplans Deutsche Einheit, die ICE-Trasse Nürnberg–Coburg–Erfurt, dass die Fertigstellung der Neubaustrecke bis 2015 abgeschlossen sein werde, und den Äußerungen derselben Staatssekretärin gegenüber der „Neuen Presse" Coburg, dort abgedruckt am 15. Oktober 2003, Seite 1, wonach nicht feststehe, ob der Abschnitt Ebensfeld–Nürnberg 2015 bereits ausgebaut sein werde, und dass deswegen auf dem vorbenannten Teilstück in einer Länge von 96 Kilometern nicht mit Geschwindigkeiten bis zu 230 km/h, sondern nur bis zu etwa 160 km/h gefahren werden könnte?

24. Abgeordnete **Sibylle Laurischk** (FDP)

Warum schreibt die Bundesregierung nicht verbindlich fest, die Hochgeschwindigkeitsnetze von TGV-Est und ICE zwischen Kehl und Straßburg bis zum Jahr 2010 zu verknüpfen, wenn sie dies so beabsich-

tigt, sondern hat bei den 81. deutsch-französischen Regierungskonsultationen in Berlin nur eine unverbindliche Absichtserklärung abgegeben?

25. Abgeordnete **Sibylle Laurischk** (FDP)

Hat die Bundesregierung der Europäischen Kommission verbindlich zugesagt, die Hochgeschwindigkeitsstrecke Paris–Straßburg–Stuttgart–Wien–Bratislava als Bestandteil des transeuropäischen Verkehrsnetzes bis 2020 in Betrieb zu nehmen, soweit sie über das Bundesgebiet führt?

26. Abgeordneter **Klaus Haupt** (FDP)

Weshalb sieht die Bundesregierung den Ausbau der Niederschlesischen Magistrale, d. h. die Eisenbahnstrecke Hoyerswerda–Horka–Grenze zu Polen, nur für eine Maximalgeschwindigkeit von 120 km/h statt der für den zukünftigen europäischen Güterverkehr angepeilten 160 km/h vor, und welche Mehrkosten sind absehbar, wenn die auf 120 km/h ausgebaute Strecke nachträglich, wie es angesichts der europäischen Bedeutung dieser wichtigen Ost-West-Magistrale zu erwarten ist, auf 160 km/h aufgerüstet werden muss?

Gesamtherstellung: H. Heenemann GmbH & Co., Buch- und Offsetdruckerei, Bessemerstraße 83-91, 12103 Berlin
Vertrieb: Bundesanzeiger Verlagsgesellschaft mbH, Amsterdamer Str. 192, 50735 Köln, Telefon (02 21) 97 66 340, Telefax (02 21) 97 66 344
ISSN 0722-8333